

ENTSCHEIDUNGEN  
DES  
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

Herausgegeben  
von den  
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

2. Band · Lieferung 2



1953

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

## INHALT

Nr. 4	Beschluß vom 17. Dezember 1952 (1 BvR 164/52). Beginn des Laufs der Frist zur Erhebung der VerfBeschw. gegen eine gerichtliche Entscheidung . . . . .	101
Nr. 5	Urteil vom 14. Januar 1953 (1 BvQ 11/52). Verfahren wegen Feststellung der Nichtigkeit des hamburg. Gesetzes zur Neuregelung der Lehrerbesoldung vom 24. Oktober 1952. Ablehnung des Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung . .	103
Nr. 6	Beschluß vom 21. Januar 1953 (1 BvR 520/52). VerfBeschw. gegen die §§ 63, 52 des Ges. zu Art. 131 GG. Inzidententscheidung über nichtverfassungsrechtliche Vorfrage . . . . .	105
Nr. 7	Beschluß vom 30. Januar 1953 (1 BvR 648/52). VerfBeschw. gegen gerichtlichen Beschluß im Auslieferungsverfahren. Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einstellung in die deutsche Wehrmacht nach dem Erl. v. 19. Mai 1943 . . . . .	115
Nr. 8	Beschluß vom 30. Januar 1953 (1 BvR 377/51). Keine Verletzung von Art. 3 GG durch weitgehende Angleichung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung an den der Zuchthausstrafe	118
Nr. 9	Beschluß vom 10. Februar 1953 (1 BvR 787/52). Die Vorschrift des Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG bezieht sich nur auf künftige Rechtssetzung . . . . .	121
Nr. 10	Beschluß vom 10. Februar 1953 (1 BvR 519/52). Keine Erschöpfung des Rechtswegs, wenn Beschwf. ein zulässig eingelegtes Rechtsmittel wieder zurücknimmt . . . . .	123
Nr. 11	Urteil vom 24. Februar 1953 (1 BvL 21/51). Handwerksordnung für Württemberg-Hohenzollern vom 5. November 1946. Keine Prüfung nach Art. 100 Abs. 1 Satz 1 GG bei Gesetzen, die vor Inkrafttreten des GG verkündet worden sind . . . .	124
Nr. 12	Beschluß vom 4. März 1953 (1 BvL 5/52). Art. 14 des württ. Ges. vom 27. Dezember 1871 betr. Änderungen des Polizeistrafrechts bei Einführung des RStGB. Reichsrecht, das als Bundesrecht fortgilt, wird erst mit dem 7. September 1949 im Verfahren nach Art. 100 Abs. 1 GG zum Prüfungsmaßstab . . . .	136
Nr. 13	Beschluß vom 4. März 1953 (1 BvR 766/52). Voraussetzungen der Beschwerde gegen einen in Vollziehung einer Entscheidung des BVerfG vorgenommenen Verwaltungsakt. Durchführung des Verbots von Ersatzorganisationen der Sozialistischen Reichspartei . . . . .	139
Nr. 14	Urteil vom 7. März 1953 (2 BvE 4/52). Verfassungsrechtsstreit betr. die Verabschiedung der Gesetze über den EVG-Vertrag und den Generalvertrag durch den Deutschen Bundestag. Eine verfassungsrechtliche Zweifelsfrage, die sich beim Prozeß der Willensbildung im Bundestag erhoben hat, kann nicht im Gewand eines Organstreits zwischen Mehrheit und Minderheit oder zwischen Fraktionen vor das BVerfG gebracht werden . .	143
Nr. 15	Urteil vom 18. März 1953 (1 BvL 11/51). Gesetz von Rheinland-Pfalz über den Wegfall von Kürzungen der Versorgungsbezüge vom 10. März 1950. Justizfreiheit von Maßnahmen deutscher Instanzen, die sich mit Weisungen der Besatzungsmacht decken . . . . .	181